

## BUNDESGERICHTSHOF

IX 3B 412/70BESCHLUSS

in der Entschädigungsache

Mordechai S. [REDACTED] (früher Max K. [REDACTED]),  
Kfar J. [REDACTED]/H. [REDACTED] (I. [REDACTED]),

Kläger und Beschwerdeführer,

- Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Dr. [REDACTED] und  
Dr. [REDACTED], [REDACTED] -

g e g e n

Land Niedersachsen,  
vertreten durch den Regierungspräsidenten in Hannover,

Beklagten und Beschwerdegegner

Der IX. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat durch  
den Vorsitzenden Richter Mai und die Richter Zorn, Fuchs,  
Dr. Thum und Portmann

am 25. Januar 1973

beschlossen:

Die Beschwerde des Klägers gegen die Nicht-  
zulassung der Revision im Urteil des 6. Zi-  
vilsenats des Oberlandesgerichts Celle vom  
20. Mai 1970 wird zurückgewiesen.

Das Beschwerdeverfahren ist gebühren- und  
anlagentfrei; die außergerichtlichen Kosten  
trägt der Kläger.

#### G r u n d e

Der Berufungsrichter verneint Entschädigungsansprü-  
che des Klägers für Schaden an Körper oder Gesundheit,  
weil ihn die in Verwaltungsverfahren eingeholten inter-  
nistischen, chirurgischen, urologischen und nervenärzt-  
lichen Gutachten überzeugen, die das Bestehen wahrschein-  
lich verfolgungsbedingter Schäden verneinen. Dadurch, daß  
der Berufungsrichter diesen Gutachten, nicht aber der ab-  
weichenden Beurteilung durch privat beauftragte Ärzte  
folgt, nimmt er nicht unsulässig eigene medizinische Sach-  
kunde in Anspruch (BGH RM 1968, 426 Nr. 27). Die Auffas-  
sung der Beschwerde, nach Sachlage sei eine weitere Be-

gutachtung, und zwar eine solche durch einen Gesamtheitsmediziner oder einen Mediziner der psychosomatischen Schule erforderlich gewesen, rechtfertigt nicht die Zulassung der Revision. Art und Umfang der Ermittlungen, insbesondere auch die Notwendigkeit, ein weiteres Gutachten einzuholen, hängen von den Umständen des Einzelfalles ab und können nicht rechtsgrundsätzlich bestimmt werden (BGH NZW 1967, 370 Nr. 27).

Die Beschwerde meint, der Berufungsrichter sei nach § 209 Abs. 1 ZPO, § 139 ZPO gehalten gewesen, die Prozessbevollmächtigten des Klägers darauf hinzuweisen, daß der Klageantrag eine von dem Privatgutachter Dr. Uh. [REDACTED] diagnostizierte, zur Verfolgungsbedingung gehaltene und mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 10 % bewertete vegetative Dystonie sowie vom Kläger selbst behauptete Leistenbrüche nicht nenne. Sie hält insoweit eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs zum Zwecke der Fortbildung des Rechts oder der Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung für erforderlich. Dem kann nicht gefolgt werden. Der Umfang der den Tatgerichten durch § 139 ZPO aufgegebenen Hinweisverpflichtung ist seit langem durch die höchstgerichtliche Rechtsprechung bestimmt. Insoweit besteht keine Notwendigkeit der Fortbildung des Rechts oder der Sicherung einer ein-

heitlichen Rechtsprechung (§ 219 Abs. 2 Nr. 3 BGG).  
Die von der Beschwerde aufgeworfene Frage hat keine  
über den Einzelfall hinausragende Bedeutung.

Kai

Portmann